

W a c h t a u f, V e r d a m m t e d i e s e r E r d e !

DER SOZIALIST

Herausgegeben von oppositionellen sozialistischen Arbeitern

++++
Erscheint monatlich Nr. 7 August 1949
++++

DAS HAINFELDER PROGRAMM ÜBER DIE BEDEUTUNG DER WAHLEN!

Sechzig Jahre liegt der Hainfelder Parteitag zurück, ein Markstein in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Er wurde auch von unserer Parteipresse gefeiert. Worüber aber anlässlich dieser Feiern nicht geschrieben wurde, das war das Hainfelder Programm, die Prinzipienerklärung, die in Hainfeld beschlossen worden war. Dieses faktische Totschweigen des Hainfelder Programms können wir sehr gut erklären: - es war nämlich das Programm der alten revolutionären Sozialdemokratie, jenes Programm, für das unsere Väter und Vorväter in jahrzehntelangem Ringen unter den härtesten Bedingungen gekämpft und gelitten haben. Daß dieses Programm von unserer heutigen Parteiführung totgeschwiegen wird, ist selbstverständlich. Wir wollen daher nachholen, was unsere Führung unterläßt; wir wollen einen wichtigen Gedankengang des Hainfelder Programms wieder in das Bewußtsein unserer Partei bringen.

Wir stehen vor den Wahlen und jeder Sozialist weiß, eine wie große Bedeutung diesen zukommt. Doch jeder Sozialist sollte auch wissen, welche Illusionen in der ersten Republik mit den allgemeinen Wahlen verbunden waren - und auch heute noch sind. Jeder Sozialist sollte wissen, daß gerade diese Illusionen an der Niederlage der sozialistischen Arbeiterschaft in der ersten Republik mitschuldig waren, daß gerade diese Illusionen diese Niederlage mitherbeiführen geholfen haben. Wie muß eine sozialistische Partei an Parlamentswahlen herangehen? Welche Bedeutung kommt dem Parlament für den Kampf der sozialistischen Arbeiterschaft zu? Unsere Partei muß möglichst stark im Parlament vertreten sein; unsere Partei muß sich die parlamentarische Mehrheit erobern. Doch das ist nur die eine Seite der Frage. Die zweite - und entscheidendere - ist, daß selbst eine sozialistische Mehrheit im Parlament keinesfalls bedeutet, daß die Kapitalisten nun etwa friedlich abdanken und uns ihre Machtpositionen in Wirtschaft und Staat freiwillig abtreten werden. Das anzunehmen wäre eine Utopie und widerspräche jeder Erfahrung. Deshalb heißt es, diese zweite Seite der Frage nie außer acht zu lassen: den Kampf außerhalb des Parlaments, wo unsere Partei die Massenkraft in die Wagschale werfen muß, wenn sie den Widerstand der Kapitalistenklasse wirklich und endgültig brechen will. Die Geschichte der alten revolutionären Sozialdemokratie zeigt in allen Ländern Beispiele dieses außerparlamentarischen Massenkampfes, dem es allein zu verdanken ist, daß sich die Arbeiter ein Recht um das andere erkämpfen konnten.

Das ist auch heute nicht anders. Darum muß es heißen: Vorwärts zur Mehrheit im Parlament - und vorwärts zugleich zur vollen Entfaltung der Kraft der Massen, um die Arbeiterinteressen gegen die Angriffe des Kapitals zu verteidigen zu können.

Der Kampf im Parlament, selbst wenn wir dort die Mehrheit erringen, kann die organisierte Kraft der Arbeiterklasse nicht ersetzen. Wer genauer prüft, wird sehen, daß es eigentlich nur die Macht der hinter unserer Partei stehenden Massen ist, die die Kapitalisten wirklich fürchten. Kein sozialistischer Nationalrat, und wäre er der beste Redner, keine noch so starke sozialistische Parlamentsfraktion, und stellte sie selbst die Mehrheit dar, fürchtet die Kapitalistenklasse, sondern einzig und allein die hinter unserer Partei stehenden Massen und deren Kraft. Freilich, diese Kraft muß sich zeigen, muß aktiviert werden. Bleibt es z.B. beim bloßen Abgeben des Stimmzettels, bei festlichen Aufmärschen usw., dann verlernt die Kapitalistenklasse bald das Fürchten. Nein, die Kraft der Arbeiter muß außerhalb des Parlaments zur Verteidigung ihrer Interessen energisch angewendet werden! Hat das die alte Sozialdemokratie nicht in ebertausend Kämpfen gezeigt? Und nur diese außerparlamentarischen Kämpfe haben dem Kampf im Parlament erst den nötigen Rückhalt gegeben! Verzichtet die Partei auf dieses energische Einsetzen der Kraft der Massen - und unsere heutige Parteiführung tut das - dann wird die Kapitalistenklasse so wie heute wieder frech, dann wird sie es wagen, trotz der wachsenden Stimmenzahl unserer Partei an eine neuerliche Niederwerfung der Arbeiterklasse zu denken. Sehen wir zu schwarz? Seht euch die Politik der ÖVP an! Werum verhandelt sie wieder mit den Faschistenhäuptlingen? Nur um Stimmzettel zu gewinnen? Welche Pläne verbindet sie mit der Aufstellung eines Bundesheeres? Nein, es sind gar nicht die, von denen unsere Parteiführung spricht, die vom Schutz der Grenzen redet. Herr Figl sagt es selbst: zur Aufrechterhaltung "der inneren Ruhe und Ordnung", dafür braucht die Bourgeoisie das Bundesheer!

Es wäre verhängnisvoll, wollten wir Sozialisten nicht sehen, welche Absichten die Bourgeoisie hat und wie sie sich die "demokratische Entwicklung" in Österreich vorstellt, wenn ihr freie Hand gelassen würde. Gegen diese Pläne muß sich die sozialistische Arbeiterschaft zur Wehr setzen, diese Pläne müssen die sozialistischen Arbeiter durchkreuzen. Wir kämpfen gegen die Bourgeoisie in einigen Wochen mit der Waffe des Stimmzettels, wir hoffen, in einigen Wochen die Bourgeoisie auf dem parlamentarischen Kampfboden zu schlagen. Doch der parlamentarische Kampf kann niemals den außerparlamentarischen, der Stimmzettel kann niemals die Kraft ersetzen, die die Arbeiter in den Betrieben und nötigenfalls auch anderswo zeigen müssen, wenn sie ihre Interessen wirklich verteidigen wollen. Mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein da, wir finden sie in der Hainfelder Prinzipienklärung von 1889 bestätigt. Dort heißt es unter Punkt 3:

	"Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der	
	modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie (die	
	Sozialdemokratie. Der Verf.) das allgemeine, gleiche und direkte	
	Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts für alle Vertretungs-	
	körperschaften mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtig-	
	sten Mittel der Agitation und Organisation."	

Diesen grundsätzlichen Standpunkt wiederholt dann die Resolution des Hainfelder Parteitages über die politischen Rechte, in der es heißt, daß die Partei das allgemeine Wahlrecht als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation anstrebt, "ohne sich jedoch über den Wert des Parlamentarismus zu täuschen". Goldene Worte, die längst vergessen sind von jenen, deren Pflicht es wäre, sie der Arbeiterklasse immer wieder ins Bewußtsein zu rufen!

Der zitierte Punkt 3 nennt den Parlamentarismus direkt eine Form der modernen, d.h. kapitalistischen Klassenherrschaft! Und beide zitierte Stellen sprechen aus, daß sich die Partei keineswegs über den Wert des Parlamentarismus irgendwie täuschen darf! Wir brau-

chen wohl nicht erst ausführlich erläutern, wie weit sich die Auffassungen unserer heutigen Parteiführung von diesen Grundsätzen des Hainfelder Programms entfernt haben, welcher Abgrund zwischen ihren Anschauungen und jenen der Hainfelder Prinzipienklärung liegt.

Sich über den Wert des Parlamentarismus nicht täuschen, das heißt, auf die entscheidende Seite der Frage das Hauptgewicht zu legen: auf die Frage des Massenkampfes außerhalb des Parlaments, auf die zielbewußte Aktivierung und Führung des außerparlamentarischen Kampfes durch die Partei. Aber die Politik unserer heutigen Parteiführung, die Politik der Koalition, der Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse und ihrer Partei, der ÖVP, ist damit unvereinbar. Den wirklichen Nutzen aus einer solchen Politik ziehen letzten Endes die Kapitalisten. Die Koalitionspolitik ermöglicht den Kapitalisten sich wieder fest in den Sattel zu setzen und in Wirtschaft und Staat wieder die volle Macht zu erringen. Das muß jedem denkenden Arbeiter klar sein, wenn er den Weg seit 1945 überblickt.

Unsere Erinnerung an die Grundsätze von Hainfeld ist angesichts der kommenden Wahlen durchaus am Platze. Die Macht der Kapitalisten muß gebrochen werden: im Parlament und erst recht außerhalb des Parlaments durch zielbewußtes, organisiertes Anwenden der Millionenkraft der Arbeiterklasse. Wird diese Kraft nicht angewendet, dann bekommt die Kapitalistenklasse wieder Mut, werden die Faschisten wieder frech, dann laufen die ewig schwankenden Kleinbürger wieder zu ihnen über. Dann beginnt schließlich die Zersetzung in den Reihen des Proletariats selbst. Das haben uns die Jahre vor 1933/34 gelehrt. Ohne Anwendung der außerparlamentarischen Kampfkraft des Proletariats zur Durchsetzung seiner Interessen bleibt die sozialistische Mehrheit im Parlament ohne jenen festen Grund, auf dem allein sie sich behaupten kann. Das meint das Hainfelder Programm, wenn es vor einer Täuschung über den Wert des Parlamentarismus warnt. Dieser Grundsatz ist so wenig veraltet wie die anderen Grundsätze, die es zur Grundlage unseres sozialistischen Kampfes erklärt. Daher fordern wir: Schluß mit der Koalitionspolitik! Zurück zum Geist des Hainfelder Programms!

-xXx-

VERZICHTEN DIE UNTERNEHMER FREIWILLIG AUF IHRE PROFITE?

Wir können uns nur wundern über die Purzelbäume unseres Gewerkschaftsbundpräsidenten Böhm. In der "A.-Z." vom 18.8. geht Böhm in dem Artikel "Sind Preissenkungen möglich?" auf den letzten Bericht des Instituts für Wirtschaftsforschung ein, welcher neuerlich feststellt, "daß als Auswirkung des 3. Lohn- und Preisübereinkommens eine allgemeine Verteuerung stattgefunden hat, trotzdem eine allgemeine Preissenkung infolge der verminderten Kaufkraft notwendig und möglich wäre". Böhm zieht daraus den Schluß, "daß trotz allen gegenteiligen Bestrebungen nicht nur noch heute überhöhte Preise bei verschiedenen Warengattungen bestehen, sondern daß es auch Produzenten- und Händlergruppen gibt, die glauben, das neue Lohn- und Preisübereinkommen zur Erzielung von Extraprofiten ausnützen zu können".

Böhm wird sich wohl noch an die Wiener Parteikonferenz vom 8. Mai erinnern, wo er zusicherte, daß das Spiel der freien Konkurrenz jede Preiserhöhung in Verfolg des 3. Lohn- und Preisübereinkommen verhindert werde. Was sagt nun Böhm als höchster Repräsentant des ÖGB jetzt? Er schreibt: "Die Wirtschaft hat sich auf die geänderten Verhältnisse hin eingerichtet und es ist jetzt hoch an der Zeit, daß sich die Bundeswirtschaftskammer an ihr seinerzeit gegebenes Versprechen erinnert und selbst nach dem Rechten sieht. Jene Preise, die

wirtschaftlich nicht gerechtfertigt werden können, müssen unter allen Umständen gesenkt werden!" Also nicht mehr der Innenminister als höchstes Preisüberwachungsorgan wird die uns schon so oft versprochene Preissenkung durchführen; Böhm appelliert an die Einsicht der Unternehmer, die Preise freiwillig zu senken und damit ihre Profite zu vermindern. Aber die Unternehmer denken garnicht daran; im Gegenteil, sie bilden immer neue Kartelle und Preisvereinbarungen, um ihre Profite künstlich hochzuhalten, wie die "A.-Z." am selben Tage z.B. an Hand der Praxis des Zigarettenhülsekartells berichtet.

Eine wirkliche Preissenkung kann nur im härtesten Kampf der Gewerkschaften gegen die Unternehmer und ihre Kartelle durch die strikte Anwendung des Betriebsrätegesetzes, das eine Kontrolle der Geschäftsbücher durch die Betriebsräte bei allen großen Unternehmen vorsieht, durchgeführt werden. Eine solche Kontrolle wird zeigen, daß die hohen Preise der Massenverbrauchsgüter nicht auf das Konto der "zu hohen" Gestehungskosten, oder gar der "zu hohen" Arbeiterlöhne, sondern auf die Riesengewinne und Profitsucht der Kapitalisten zu setzen sind. Sogar solche Massenverbrauchsgüter wie Gemüse und Obst gelangen heute zu den Konsumenten nur auf dem Umweg über den kartellierten Großhandel, der bei den Produzenten billig einkauft und dem Konsumenten dann hohe Preise diktiert; die hierbei anfallenden Riesengewinne stecken die kartellierten Hyänen als tatsächlich im wahrsten Sinn des Wortes arbeitsloses und müheloses Einkommen ein.

Nur die Einführung der Arbeiterkontrolle der Produktion und Verteilung kann der profitsüchtigen Praxis des Kapitals entgegenwirken. Für die Durchsetzung dieser Forderungen müssen alle aufrechten Sozialisten und Gewerkschafter kämpfen.

-xXx-

ERWIN SCHARF ENTBLARVT SICH ENDGÜLTIG!

Durch sein Wahlbündnis mit der KP zeigt nun Erwin Scharf offen, daß es ihm nicht um die Durchsetzung einer konsequenten sozialistischen Politik in unserer Partei, sondern lediglich um die Absplitterung von Teilen unserer Partei ging, um diese dann der KP zuzuführen. Wir haben schon früher immer wieder die fehlende Abgrenzung gegenüber der KP an Scharf kritisiert und gezeigt, wohin dessen politische Linie führen muß. Durch die Kapitulation Scharfs vor der KP wird unsere Einschätzung bestätigt.

-xXx-

EIN VERGESSENER FEIERTAG

In einer der letzten Nationalratssitzungen war von der sozialistischen Fraktion der Antrag eingebracht worden, den höchsten protestantischen Feiertag - den Karfreitag - zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen. Wir wissen nicht, welche Gründe für die ÖVP die maßgebenderen waren; wollte sie das Werk der Gegenreformation fortsetzen und 1949 noch nicht zur Kenntnis nehmen, daß es seit 1517 auch in Österreich Protestanten gibt, oder wollte sie einfach den Unternehmern die Unkosten eines bezahlten Feiertages ersparen - die fromme ÖVP stimmte jedenfalls den sozialistischen Antrag nieder. Mit Ausnahme der bei der Gemeinde Wien beschäftigten, die ihren Arbeitern und Angestellten protestantischen Glaubens den Karfreitag als bezahlten Feiertag freigibt, müssen überall die protestantischen Lohn- und

Gehaltsempfänger - die evangelische Gemeinde zählt in Österreich insgesamt 400.000 Köpfe - an ihrem höchsten Feiertag arbeiten.

Wir anerkennen selbstverständlich die Berechtigung des Antrags unserer Nationalratsfraktion. Die Demokratie muß auch den Minderheiten ihre Rechte gewährleisten, auch wenn es sich um religiöse Minderheiten und um solche Rechte handelt, die die uneingeschränkte Ausübung der mit dem Bekenntnis zu einer bestimmten Glaubensgemeinschaft verbundenen religiösen Pflichten und Gebote sichern sollen. Allein wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit, daß es in Österreich eine Mehrheit gibt, der gleich den Protestanten ein ähnliches Recht vorenthalten wird. Es handelt sich um die übergroße Mehrheit des österreichischen Volkes, die sich zur Republik bekennt; es handelt sich um den Geburts- und Feiertag der Republik, den 12. November. Vor 1933 bezeugten die an diesem Tag alljährlich abgehaltenen Massenkundgebungen vom republikanischen Geist des arbeitenden Volkes in Österreich. Die Staatsstreichregierung Dollfuß hat nicht nur die Demokratie zerstört, sondern auch das Bekenntnis zur Republik verboten. So wie am 1. Mai 1933 durften auch am 12. November die Massen nicht mehr auf die von Stacheldrahtverhauen abgesperrte und von Heimwehrkarabinern geschützte Ringstraße ziehen. Seither sind sechzehn Jahre vergangen. Vier Jahre schon existiert die neuerstandene Republik; unsere Partei ist in ihrer Regierung vertreten. Wir begreifen, daß die Initiative zur Wiedereinführung der Feier des 12. November nicht von der ÖVP kommen wird. Die Christlichsoziale Partei hat immer der Monarchie nachgetrauert, hat immer die Republik als Unglück betrachtet und sie gehaßt. Die ÖVP ist, wenn auch unter einem geänderten Firmennamen, die Nachfolgerin dieser Partei; ihr Führerklüngel besteht aus einem Gemisch von hartgesottene Schwarzgelben mit Grünweißen und Halb- und Dreiviertelbraunen - jede dieser Gruppen ist eine geschworene Feindin der demokratischen Republik. Doch warum hat unsere Partei noch nicht den Antrag auf die Wiedereinführung des 12. November gestellt? Warum wird vier Jahre nach der Wiedererrichtung der Republik noch nicht deren Geburtstag gefeiert?

Als ein schlechtes Erbe der ersten wurde in die zweite Republik die reaktionäre hohe Bürokratie übernommen, die schon reichlich alt und verkalkt, zum Großteil noch aus der Zeit der Monarchie stammt und - ihre Wirksamkeit bezeugt es - auch die Nazijahre ganz gut überstanden hat. Darf der republikanische Geist, der schon in der ersten Republik schwer gegen diese Bürokratie und die hinter ihr stehende Bourgeoisie anzukämpfen hatte, nicht in die zweite Republik übernommen werden? Verwehrt es die Koalition mit der schwarzgelb-grünweiß-bräunlichen ÖVP unserer Parteiführung, den Antrag auf die Wiedereinführung der Feier des 12. November zu stellen? Es ist von seiten unserer Führung schon manches Wort über die Wiedergutmachung der durch das Dollfuß-Schuschniggregime verübten Verbrechen gesprochen - und leider nur gesprochen - worden. Warum nicht Wiedergutmachung an der Republik? Warum nicht Wiedergutmachung des Verbrechens wider den republikanischen Geist? Heraus mit dem Feiertag der Republik! Es lebe der 12. November!

-XXx-

SPENDENAUSWEIS: S 10.- (Wien XXI)

++++
| Lesen und weitergeben! |
++++